



ASIEN/PAKISTAN - Kommission für nationale Harmonie fordert Todesstrafe für falsche Blasphemieanschuldigungen

Islamabad (Fidesdienst) – Falsche Anschuldigungen wegen Blasphemie müssen mit der Todesstrafe verfolgt werden: zu diesem Schluss kam die Ständige Kommission des Senats für nationale Harmonie. Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten, sollen sich die Mitglieder der Kommission bei einer Sitzung in den vergangenen Tagen nach den Attacken muslimischer Gruppen auf christliche Familien der „Joseph Colony“ in Lahore und der „Francis Colony“ in Gujranwala darauf geeinigt haben, dass solche Attacken das Image Pakistans auf internationaler Ebene schädigen, weshalb dringend umgehende Maßnahmen nötig sind, damit sich derartige Episoden der Gewalt gegen Christen nicht wiederholen.

Kamran Michael, christlicher Senator und Mitglied der Kommission, betonte, dass oft falsche Anschuldigungen wegen Blasphemie Auslöser derartiger Gewalt seien. Und oft würden diese Anklagen, nachdem Christen jahrelang im Gefängnis waren, revidiert und dementiert (wie im Fall von Younis Masih, vgl. Fidesdienst vom 03/04/2013) und dies sei an sich schon eine Ungerechtigkeit. Wenn fälschlicher Weise angeklagte Opfer freigelassen werden, tragen sie den „Stempel der Blasphemie“ und sie befinden sich oft in Lebensgefahr. „Gegenwärtig sind rund einhundert Christen und mehrere Hundert Muslime wegen Blasphemie in Haft, von denen kein einziger bisher verurteilt wurde. Es sollten die gleichen Strafen für die Beschuldigten und die Ankläger vorgesehen sein“, so Michael. Wenn man lebenslange Haft oder Todesstrafe für „falsche Ankläger“ einführen würde, so die Kommission, wäre dies eine Abschreckung für diejenigen, die das Blasphemiegesetz instrumentalisieren. (PA) (Fidesdienst, 13/04/2013)